



Blüm: Patenschaften für Aussiedler, Übersiedler und DDR-Flüchtlinge

In einem Brief an die neugewählten CDU-Fraktionsvorsitzenden der Städte, Kreise und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen hat der CDU-Landesvorsitzende Norbert Blüm gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß überall im Land Patenschaften für die Aussiedler, Übersiedler und DDR-Flüchtlinge zustande kommen. In erster Linie gehe es dabei um die Hilfe bei den ersten Schritten der Integration wie den Behördengängen oder der Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche. Der Brief von Norbert Blüm im Wortlaut:

LIEBE FREUNDE,

in diesen Tagen konstituieren sich die neuen kommunalen Parlamente. Ich möchte Ihnen und allen Freunden in den Fraktionen zunächst für die geleistete Arbeit herzlich danken und Ihnen Glück auf für die kommenden fünf Jahre wünschen.

Ich will mich aber auch mit einer herzlichen Bitte an Sie wenden, denn die Vorgänge in den osteuropäischen Staaten fordern unsere schnelle und unbürokratische Hilfe. Deshalb sollte auf der Tagesordnung einer Ihrer nächsten Fraktionsitzungen das Thema Patenschaften für Aussiedler, Übersiedler und DDR-Flüchtlinge stehen. Es muß unser Ziel sein, daß sich in jeder Gemeinde Paten zur Verfügung stellen, die unseren neuen Mitbürgern bei den ersten Schritten zur

Integration helfen. Ich denke da besonders an die Behördengänge und die Arbeitsplatz- und Wohnungssuche.

Alle Beschlüsse der Bundesregierung und die damit verbundene materielle Hilfe wirken nur dann, wenn unsere neuen Mitbürger auch menschliche Wärme spüren und merken, daß sie Menschen in ihrer Nähe haben, an die sie sich mit ihren Sorgen wenden können.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr

NORBERT BLÜM

Worms gewählt

Der Oppositionsführer im nordrhein-westfälischen Landtag, Dr. Bernhard Worms, ist zum neuen Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz gewählt worden. Die in Wildbad Kreuth tagenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden aus Bund und Ländern wählten den seit 1983 im Düsseldorfer Landtag als CDU-Fraktionsvorsitzenden tätigen Worms zum Nachfolger von Hartmut Perschau (Hamburg).

Nach Heinrich Köppler, der dieses Amt in den 70er Jahren bekleidete, ist Worms der zweite CDU-Fraktionsvorsitzende aus Nordrhein-Westfalen, der die in regelmäßigen Abständen zusammentretende Konferenz leitet.

CDU fordert dringend notwendige Tarifverträge für Leiharbeiter

Mehr rechtlichen und sozialen Schutz für die 28500 Leiharbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen hat die CDU-Landtagsfraktion gefordert. Wie der sozialpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Hermann-Josef Arentz, erklärte, sei es dringend notwendig, Tarifverträge für Leiharbeit abzuschließen, um den Leiharbeitnehmern die gleiche Rechtssicherheit wie den übrigen Arbeitnehmern zu verschaffen.

Forderungen nach einem generellen Verbot der Leiharbeit, wie sie der NRW-DGB-Vorsitzende Mahlberg erst kürzlich erhoben habe, gingen dagegen an den Flexibilitätsbedürfnissen der Wirtschaft und den Flexibilitätsinteressen der Arbeitnehmer völlig vorbei.

Arentz weiter: „Der DGB muß bei dem Thema Leiharbeit endlich seine ideologischen Scheuklappen ablegen. Statt ein Verbot der Leiharbeit zu fordern, sollte er besser endlich seine Weigerung aufgeben, Tarifverträge für Leiharbeitnehmer abzuschließen.“ Wenn sich Leiharbeitnehmer heute in einem tarifrechtlich ungesicherten Zustand befänden, hätten sie das einzig und allein dem dogmatischen Starrsinn der DGB-Führung zu verdanken.

Schwere Versäumnisse beim Schutz der Leiharbeitnehmer warf der CDU-Abge-

ordnete auch der SPD-Landesregierung vor. Arentz: „Angesichts einer Reihe von schwarzen Schafen in dieser Branche ist eine Kontrolle hier besonders notwendig. Die chronische Unterbesetzung der Gewerbeaufsicht in NRW führt aber zu riesengroßen Schlupflöchern, die die Seelenverkäufer in der Leiharbeitsbranche ausnutzen.“ Angesichts des wachsenden Flexibilitätsbedarfs in der Arbeitswelt sei es besonders wichtig, daß auch für Zeitarbeit der gleiche soziale und gesundheitliche Schutz wie für alle anderen Arbeitnehmer garantiert werde.

Wahlen bei der OMV

Anfang Oktober 1989 fand in Neuss die Landestagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen statt.

Auf dieser Landestagung wurde mit großer Mehrheit der bisherige Landesvorsitzende Dr. Herbert Hupka wiedergewählt. Als stellvertretende Landesvorsitzende wurden gewählt:

Eugen Brysch, Unna; Rüdiger Goldmann, MdL, Düsseldorf; Rudi Pawelka, Leverkusen; Dr. Walter Priesnitz, Rhein-Sieg-Kreis, sowie Maria-Elisabeth Schiebuhr, Köln.



Programm zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität

Von Heinz Paus, MdL, innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

Die CDU-Landtagsfraktion fordert von der Landesregierung ein Programm zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Hierzu hat die CDU einen Parlamentarischen Antrag eingebracht. Er ist das Ergebnis einer Expertenanhörung der CDU im Düsseldorfer Landtag. Nach Meinung hochrangiger Experten aus Polizei und Justiz hat der Vormarsch der organisierten Kriminalität in der Bundesrepublik mittlerweile ein beängstigendes Ausmaß erreicht. Ohne gemeinsame, massive Gegenmaßnahmen von Bund und allen Ländern, also auch Nordrhein-Westfalen, ist der Vormarsch nicht aufzuhalten. Denn die Bun-

desrepublik ist aufgrund ihrer zentralen Lage, ihrer blühenden Wirtschaft, ihrer stabilen Währung und ihrer hervorragenden Infrastruktur eine ideale Operationsbasis und ein ideales Absatzgebiet für die organisierte Kriminalität.

Die Landesregierung und ihr Innenminister Schnoor müssen sich diesem Problem unverzüglich stellen. Sie sollten endlich zur Kenntnis nehmen, daß sich die Kriminalität nicht nur in ihrer Quantität, sondern auch inhaltlich, qualitativ und strukturell verändert hat. Was vor Jahren umstritten war, ist eine nicht mehr zu leugnende Tatsache.

Der Schaden, den die organisierte Kriminalität jährlich anrichtet, wird auf über 160 Milliarden DM geschätzt; das entspricht rund 10% des Bruttosozialprodukts.

Aber nicht nur wegen ihrer Sozialschädlichkeit ist die organisierte Kriminalität höchst gefährlich. Mit ihren Milliardengewinnen versuchen die Bosse des organisierten Verbrechens in zunehmendem Maße Teile des Wirtschaftslebens zu beeinflussen. Solche Investitionen kriminellen Profits in Milliardenhöhe in legale Unternehmen lassen befürchten, daß es zu einer Verzahnung zwischen legalem und illegalem wirtschaftlichen Handeln kommt.

Die Bundesregierung hat erste wichtige Schritte unternommen. Bundesinnenminister Schäuble wird noch in dieser Legislaturperiode ein spezielles Gesetz zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität vorlegen und hierin u. a. auch die Geldwäsche der Drogenmafia unter strenge Strafe stellen.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der Befürchtungen von Experten, daß auf die

Bundesrepublik und vor allem auf Nordrhein-Westfalen, das bereits jetzt einen internationalen Hauptumschlagplatz für den Rauschgifthandel darstellt, eine Drogenwelle ungeheuren Ausmaßes zurollt, hält es die CDU-Fraktion für dringend erforderlich, daß die Landesregierung sofort energische und durchgreifende Maßnahmen ergreift, um die weitere Ausbreitung des organisierten Verbrechens in Nordrhein-Westfalen zu stoppen. Nordrhein-Westfalen darf durch die Untätigkeit der Landesregierung nicht zum Schlußlicht der Bundesländer im Kampf gegen das organisierte Verbrechen werden.

In unserem Antrag haben wir einen umfassenden Maßnahmenkatalog aufgelistet.

1 Wir fordern eine umfassende personelle Verstärkung der polizeilichen Spezialdienststellen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

Dienststellen mit drei, vier, fünf oder sechs Mitarbeitern, dies ist die Mehrzahl der 16 Dienststellen, sind zu einer effektiven Be-

kämpfung der organisierten Kriminalität nicht mehr in der Lage, sie können Kriminalität nur noch verwalten. Sie üben lediglich eine politische Alibifunktion aus mit dem Ziel, dem Bürger eine Sicherheit vorzugaukeln, die es in Wirklichkeit gar nicht gibt.

2 Wir fordern die Einstellung von Spezialisten (Betriebswirte, Wirtschaftswissenschaftler, Umwelt- und Computeringenieure, Wirtschafts- und Steuerjuristen . . .), damit die Polizei in der Lage ist, mit der zunehmenden Professionalisierung der Verbrechensbegehung Stand zu halten.

3 Wir fordern eine Verbesserung der materiellen Ausstattung der Spezialdienststellen zur Intensivierung insbesondere der kriminalistischen Vorfeldarbeit.

Die organisierte Kriminalität ist hochtechnologisiert und mit den modernsten Geräten ausgestattet, während unsere Polizei, vor allem im Bereich der ADV, wie zu „Opas Zeiten“ arbeitet. Hier ist eine Kraftanstrengung geboten, um im technischen Bereich

für die Polizei Waffengleichheit sicherzustellen.

4 Wir fordern eine Verbesserung der kriminalistischen Vorfeldarbeit durch einen verstärkten Einsatz von verdeckten Ermittlern sowie durch eine Intensivierung der polizeilichen Observationstätigkeit.

Die herkömmliche tatbezogene und offene polizeiliche Ermittlungsarbeit reicht für eine wirksame Bekämpfung des organisierten Verbrechens nicht aus. Da die organisierten Kriminellen grundsätzlich konspirativ vorgehen, muß die Polizei gegen sie täterbezogen und verdeckt, vor allem aber schon im Vorfeld, das heißt, ohne Vorliegen eines konkreten Tatverdachts ermitteln.

5 Um eine solche Ermittlungsarbeit wirksam und ohne Gefahr einer Gegenobservation und Gegenkonspiration leisten zu können, fordern wir eine räumliche und finanzielle Abschottung der Spezialdienststellen.

6 Wir fordern eine Verbesserung der Ausbildung und Fortbildung bei Schutz- und Kriminalpolizei sowie die Einrichtung von Spezial-

lehrgängen für OK-Beamte sowie für Beamte, die für eine Verwendung in den Spezialdienststellen vorgesehen sind.

7 Wir fordern eine flächendeckende Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur speziellen Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Denn organisierte Kriminalität kann von Polizei und Justiz nur im Rahmen einer gemeinsamen Bekämpfungsstrategie verfolgt werden.

Hamburg ist hier vorbildlich. Hier bestehen zwei Spezialabteilungen mit zusammen 12 Staatsanwaltschaften, die erste wurde bereits 1983 eingerichtet.

8 Wir fordern eine Verbesserung der Zusammenarbeit der Polizei mit der Justiz, um

eine Konzentration und gleichzeitig enge Verzahnung aller personellen Kräfte und logistischen Mittel zu gewährleisten.

9 Wir fordern eine Verbesserung des Zeugenschutzes durch Einrichtung besonderer Dienststellen zum Schutz und zur Betreuung gefährdeter Zeugen. Auch insoweit liegen aus Hamburg sehr gute Erfahrungen vor.

Für die CDU ist die Aufrechterhaltung und Fortentwicklung der inneren Sicherheit, und hierzu gehört ganz entscheidend auch ein entschlossener und effektiver Kampf gegen das organisierte Verbrechen, ein Schwerpunkt bei der politischen Zukunftsgestaltung.



SPD zeichnet Bankrotterklärung für eigenständige Hochschulpolitik

Als eine „Bankrotterklärung für eine eigenständige und innovative Hochschulpolitik in Nordrhein-Westfalen“ hat der wissenschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Prof. Dr. Horst Posdorf, die sogenannte „NRW-Initiative für ein Bund-Länder-Programm Hochschule 2001“ bezeichnet. Es sei schlimm, so Posdorf, daß Frau Brunn längst bekannte Tatsachen als jüngst aufgetauchte Probleme darstelle und damit ihr inhaltliches Gerede und versäumtes Handeln der letzten Jahre indirekt dokumentiere. Anstatt wieder mit einer Absichtserklärung in eine Bund-Länder-Kommission zu gehen und sich hinter unterschiedlichen Zuständigkeiten zu verschanzen, solle die Landesregierung lieber in NRW aktiv werden.

„Punkte wie eine Aufwertung der Fachhochschulen, die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und den Wiedereinstieg in den studentischen Wohnungsbau hat Frau Brunn zudem aus dem vorgeschlagenen Hochschul-Sonderprogramm der CDU geklaut, daß sie vor einem halben Jahr als überflüssig abgelehnt hat“, so Posdorf weiter.

Wären die CDU-Vorschläge damals umgesetzt worden, hätten die Maßnahmen heute bereits greifen können, so werde alles in die Bund-Länder-Kommission getragen und gehe damit auf einen langen, bürokratischen Weg, der die Probleme unserer Studenten nicht beseitige.

Posdorf: „Was wir brauchen, ist zügiges Handeln, kein inhaltliches Gerede.“

Rau soll von kommunalem Wahlrecht für Ausländer Abstand nehmen

Zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, im Rahmen einer einstweiligen Anordnung den Vollzug des schleswig-holsteinischen Gesetzes zur Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Ausländer auszusetzen, erklärte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion NRW, Dr. Bernhard Worms:

„Die CDU-Landtagsfraktion hat die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Diese Entscheidung ist nicht nur für die schleswig-holsteinische Landesregierung, sondern auch für Johannes Rau eine schallende Ohrfeige, der noch vor wenigen Wochen großspurig die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer in Nordrhein-Westfalen ankündigte. Ich fordere den Ministerpräsidenten des Landes gerade nach dieser Entscheidung nochmals auf, von diesem Vorhaben schnellstens Abstand zu nehmen. Das kommunale Wahlrecht kann für einen ausländischen Mitbürger erst am Ende eines Integrationsprozesses stehen, der mit der Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft endet.“

Termine

- | | | | |
|--------------|-----------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------|
| 24. 10. 1989 | 20.00 Uhr | Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Neusser Kolloquium Swissotel Rheinpark | Neuss |
| 3. 11. 1989 | 10.30 Uhr | Senioren-Union Landesdelegiertentag „Halle Münsterland“ (Auskünfte: Frau M. Meyer, Tel. [02 11] 1 36 00 47) | Münster |
| 6. 11. 1989 | 9.30 Uhr | Senioren-Union Bund Fachkongreß: „Wie wollen ältere und alte Menschen wohnen? — neue Wohnformen im Alter“ Konrad-Adenauer-Haus (Auskünfte: Tel. [02 28] 54 43 60) | Bonn |
| 11. 11. 1989 | 10.00 Uhr | Junge Union NRW Fachtagung „Berufsförderung bei der Bundeswehr“ Karl-Arnold-Bildungsstätte (Auskünfte: Tel. [02 11] 1 36 00 44) | Bonn-Bad Godesberg |
| 16. 11. 1989 | | Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Forum: „Sicherheitspolitik in den 90er Jahren“ Hotel Zweifel | Euskirchen |
| 25. 11. 1989 | | Landesvertreterversammlung | Münster |
| 2. 12. 1989 | 10.00 Uhr | Europakonferenz Mitgliederversammlung mit Neuwahlen des Vorstandes (Auskünfte: Frau M. Meyer, Tel. [02 11] 1 36 00 47) | Mülheim a. d. Ruhr |